

SO sehen wir es

Herausgeberin: SP Wädenswil, Postfach 552, 8620 Wädenswil
Nummer 1/95, Februar 1995 / Erscheint 4 x jährlich, Auflage 6'000 Exemplare
Preis: Normal-Abonnement Fr. 12.-- / Unterstützungs-Abonnement Fr. 25.--
PC-Kto. 80-43003-3, SO sehen wir es, Sozialdemokratische Partei Wädenswil
Druck: Arbeitszentrum am See, Giessen, Wädenswil

SP

3 x NEIN zur Landwirtschaft von gestern!

Das bisherige Agrarsystem hat versagt. Es unterstützt die umweltschädigende Intensivproduktion, verursacht Ueberschussprobleme und hohe Reparaturkosten. Alle drei Agrarvorlagen vom 12. März zementieren diese verfehlte Politik. Die Interessen der Bäuerinnen und Bauern, der KonsumentInnen und der Umwelt bleiben auf der Strecke. Die Berner SP-Nationalrätin und Bäuerin *Stephanie Baumann-Bieri* begründet das dreifache NEIN:

Der neue Verfassungsartikel

Mit dem neuen Verfassungsartikel werden keine Probleme gelöst, und es wird nichts an der bisherigen Politik geändert! Er umschreibt lediglich, was heute bereits gilt. Kein einziges Gesetz und keine der über hundert Verordnungen müssten geändert werden. Nach wie vor sollen Direktzahlungen im Giesskannenprinzip an alle Betriebe verteilt werden, ohne dass sie die Vorschriften für umweltgerechten Landbau und artgerechte Tierhaltung erfüllen müssen. Dies passiert bereits heute aufgrund des Landwirtschaftsgesetzes.

Der Milchwirtschaftsbeschluss

Die Milchverwertung kostet den Bund jährlich mehr als eine Milliarde Franken. Wir hätten hier einen echten Handlungsbedarf. Statt die Kruste der bürokratischen Milchmarktordnung aufzubrechen, ermöglicht der neue Milchwirtschaftsbeschluss aber lediglich, dass künftig mit den Milchkontingenten Handel betrieben werden darf. Mit dem Verkauf ihres Milchablieferungsrechts, welches sie in den 70er Jahren vom Staat geschenkt erhalten haben, werden einige wenige Profiteure einen schönen Gewinn erzielen. Die produzierte Milchmenge wird dadurch nicht spürbar abnehmen, sie konzentriert sich einfach auf weniger Betriebe. Die Bedingung, wonach die Kontingentskäufer ökologische Auflagen erfüllen und naturnah produzieren müssen, wurde vom Parlament aus dem Beschluss gestrichen.

Die Zwangsabgaben

Unter dem Titel "Selbsthilfe" oder auch "Solidaritätsbeiträge" wird uns ein neuer Gesetzesartikel schmackhaft gemacht, welcher die Bauern mit Zwangsabgaben an die Landwirtschaftsverbände knechten soll. Im Klartext heisst dies, dass künftig jeder Betrieb gezwungen werden kann, bis zu 2 % des Rohertrags eines Produktes an die grössten Branchenorganisationen abzuliefern. Und dies selbst dann, wenn er seine Produkte selber verwertet oder vermarktet. Künftig würde jeder Betrieb zwischen zwei- und viertausend Franken jährlich an Organisationen zahlen, die sich in der Vergangenheit dadurch auszeichneten, dass sie jeden neuen Markttrend verschlafen oder aktiv boykottiert haben: z.B. die Bio-Produktion! Diese staatlich verordnete Geldeintreiberei verstärkt die Macht der Verbände, welche sich immer für die Grossbauern stark machen.



3 x NEIN hält den Weg offen für die Landwirtschaft von morgen!

Zwei hängige Volksinitiativen werden den echten ökologischen Umbau ermöglichen: Die Bauern- und Konsumenten-Initiative verlangt die Einhaltung von umwelt-, natur- und tierfreundlichen Produktionsvorschriften. Sie bringt die seit langem geforderten Lenkungsabgaben auf Handelsdünger und Pflanzenschutzmitteln sowie die Deklarationspflicht für Nahrungsmittel. Die neue Kleinbauerninitiative räumt radikal auf mit dem heutigen Subventionsdschungel und unterstützt nur noch Betriebe, welche sich den Richtlinien des biologischen Landbaus (oder vergleichbarer Landbaumethoden) und den Vorschriften der kontrollierten Freilandhaltung von Nutztieren unterstellen. **Damit die Weichen im Sinne dieser beiden Initiativen neu gestellt werden können, müssen wir am 12. März die drei Agrarvorlagen ablehnen!**

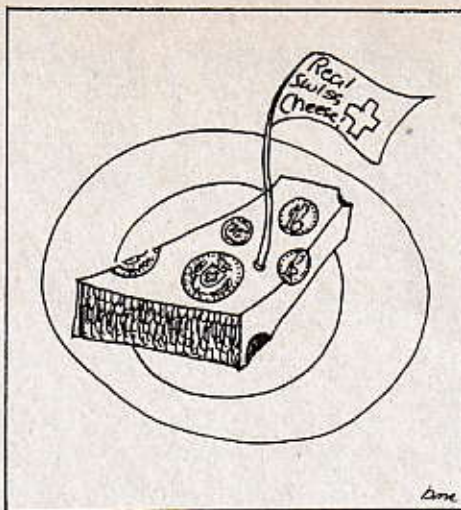
*Stephanie Baumann-Bieri, Suberg BE
SP-Nationalrätin und Bäuerin*

Auch in Wädenswil gibt es Bio-Betriebe!



In Wädenswil werden auf zwei Höfen biologische Nahrungsmittel erzeugt: Milch, Fleisch, Obst und Gemüse. Am samstäglichen Markt freuen sich nicht wenige darüber und füllen ihre Taschen prallvoll, damit sie eine Woche lang davon zehren können. Die Nachfrage ist grösser als das Angebot, so dass oft Ware aus anderer biologischer Produktion dazugekauft werden muss. Die Milch von Familie Hottinger wurde bis vor kurzem alle zwei Tage von einem Tanklastwagen abgeholt und in Basel zu hochwertigen Molkereiprodukten verarbeitet. Damit der hiesigen Milchfabrik keine Milch fehlte, schickte ihr Basel im selben Fahrzeug gleich viel konventionell produzierte Milch zurück! Erst seit neustem muss Hottingers Milch nicht mehr so weit reisen, sie wird jetzt in Dürnten verarbeitet, nachdem ein Grossverteiler als Abnehmer eingestiegen ist.

Familie Hottinger bewirtschaftet ihren Hof seit über 20 Jahren biologisch, und zwar nach Knospe-Richtlinien. Die Kosten für den Tierarzt seien seither drastisch gesunken. Der Boden ist gesund, die Landschaft vielfältig und artenreich. Daran würde eine Annahme



Unsinn: Die Schweizer SteuerzahlerInnen sponsern mit jährlich 500 Millionen Franken Käsesubventionen die Gourmets in Rom, New York und Tokio!

der drei Vorlagen vom 12. März nichts ändern. Familie Hottinger wird weiterhin biologisch bauen, weil sie es vor sich selber und den Nachkommen nur so verantworten kann. Aber neue Betriebe dieser Art würden kaum dazu kommen, denn die Vorlagen bieten keinerlei Anreize zum Umstellen auf biologi-

schen Anbau. Für manchen kleineren oder mittleren Betrieb wäre das aber die einzige Rettung, denn im Wettbewerb gegen die industriellen Grossbetriebe haben sie keine Ueberlebenschance. Und diese wiederum werden es schwer haben gegen die europäischen Agro-Giganten! Lehnen Sie die drei Landwirtschaftsvorlagen ab am 12. März! Das wird ein klares Signal für das eidgenössische Parlament sein, die biologische Landwirtschaft endlich zu fördern. Auch in Wädenswil würden weitere Höfe umstellen und biologische Produkte erzeugen. So könnte dereinst Hottingers Milch ganz in der Nähe verarbeitet werden. Zum Beispiel zu Bio-Emmentaler, nach welchem in der Schweiz eine grosse Nachfrage besteht (währenddem konventionell produzierter Emmentaler auf unter Fr. 10.-- pro Kilo hinuntersubventioniert werden muss, um mit Mühe noch im Ausland abgesetzt werden zu können...). Die Weichen müssen jetzt so gestellt werden, dass viele neue Bio-Betriebe dazukommen. Darum 3 x NEIN zu den Agrar-Vorlagen vom 12. März!

Beatrice Margna-Haldimann

Ferrari-Areal - oder wie sich Mietzinse erhöhen...

1989: Die SP Wädenswil lanciert zwei Volksinitiativen: Eine davon verlangt einen Gestaltungsplan "im Gebiet Rosenberg-, Oberdorf-, Zugerstrasse" (Ferrari-Areal).

1991 vor der Volksabstimmung: Der AAZ publiziert erste Projektstudien "mit Spielplatz" sowie "Turmgarten-Bistro/-Restaurant".

Der Rechtsvertreter der Bauherrschaft wehrt sich im AAZ. Grund: Die Initiative verzögere das Bauen: "heute (also 1991) muss etwas gegen die Wohnungsnot unternommen werden und nicht erst im Jahre 2000".

Auch die Grundeigentümer schreiben: "...eine weitere Planungsphase... bringt nur Verzögerungen und erhebliche Mehrkosten. Die Leidtragenden sind am Schluss einmal mehr die Mieter, die mit wesentlich höheren Mietzinsen belastet werden".

Juni 1992 Volksabstimmung: die SP-Initiative wird abgelehnt.



Dezember 1992: Der AAZ titelt: "Gediegene Ueberbauung an zentraler Lage geplant". Und weiter: "...auch ohne Gestaltungsplan ein gefälliges Projekt".

Sommer 1993: Die Baukommission bewilligt das Aufstellen einer Bautafel (siehe Foto). Die Mieter müssen raus, seither stehen die Gebäude leer.

Februar 1995: Von den Wohnungen mit "Spielplatz" und "Turmgarten-Bistro/ Restaurant" ist weit und breit nichts zu sehen. Die Tafel steht noch immer, obwohl deren Bewilligung abgelaufen ist und die Baukommission nicht intervenieren mag. - Wer verzögert denn jetzt das Bauen und treibt die Mietzinse in die Höhe? Oder: Wird vor dem Jahr 2000 überhaupt noch gebaut?

Der Staat braucht Mehreinnahmen: 12. März: JA zur SP-Steuerinitiative

Im letzten Dezember hat unser Gemeindeparlament das Sparbudget 1995 verabschiedet. Mit Ausnahme der Rechtsaussen waren sich alle Parteien einig: **Die Zitrone ist ausgepresst**, weitere Ausgabenkürzungen gehen an die Substanz. Deshalb wurde der Steuerfuss um drei Prozent erhöht. Von den anwesenden 44 Ratsmitgliedern stimmte nur die Dreier-Vertretung des Bürgerlichen Forums dagegen.

Trotzdem bleiben die finanziellen Perspektiven der Stadt Wädenswil katastrophal. Weil der wirtschaftliche Aufschwung in den nächsten Jahren kaum eine Beschäftigungswirkung haben wird, ist mit einem weiteren Anstieg der Sozialausgaben zu rechnen. Dazu kommt die Sparhierarchie, welche die teuren Folgen von Steuergeschenken, Rezession und einer gescheiterten Drogenpolitik vom Bund via Kanton auf die Gemeinden abwälzt. Ein Beispiel dafür ist die vom Kanton beabsichtigte Erhöhung des Gemeindeanteils an den LehrerInnenbesoldungen, welche laut Finanzvorstand Dr. Bruno Ern 8 bis 12 Steuerprozent ausmachen würde. Wie den Gemeinden fehlen auch dem Kanton Zürich Hunderte von Millionen Franken. Gegen den Widerstand der SP werden auch hier Leistungen abgebaut, Beiträge gekürzt und Lasten verschoben - vom Kanton zu den Gemeinden zum privaten Haushalt.

Grosszügige Steuergeschenke

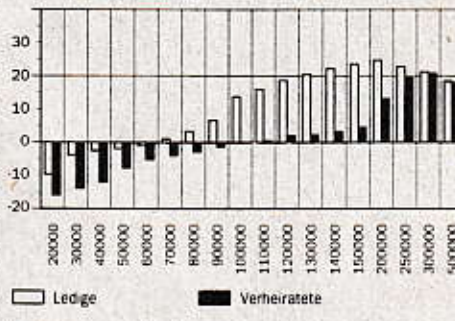
In der letzten Hochkonjunktur war der Staat grosszügig. Drei Gesetzesrevisionen und zwei Steuerfuss-Senkungen haben die Steuerzahlerinnen und -zahler entlastet:

- 1987 und 1991 durch Steuerreformen, die zu einer überdurchschnittlichen Entlastung der hohen Einkommen und Vermögen führten
- 1990 durch die Streichung der Feuerwehersatzabgabe
- 1991 durch die Aufhebung der Billetsteuern
- 1989, 1991 und 1993 durch den Ausgleich der kalten Progression.

Durch Steuergeschenke wird der Staatshaushalt bewusst ausgehungert. Der Einnahmehausfall für den Kanton Zürich und die Gemeinden beläuft sich

inzwischen auf **11 Milliarden Franken**. Das ist gleichviel wie die gesamten Steuereinnahmen von 1993 und 1994! Von dieser Entlastung haben vor allem die Gutverdienenden profitiert.

Ent- bzw. Belastung durch Steuerinitiative in %.



Laut Berechnungen der "Wirtschaftsförderung" ist die Steuerbelastung 1992 für ein Einkommen von 165'000 Franken (brutto für ein Ehepaar) im Vergleich zu 1982 um 22,9 Prozent gesunken. Dagegen wurde ein Ehepaar mit einem Einkommen von 40'000 Franken nur gerade um 9,4 Prozent entlastet.

Folge: Sparhysterie auch in Wädenswil

Die Rezepte der bürgerlichen Mehrheit zur Sanierung des Finanzhaushalts sind gefährlich. FDP-Fraktionschef Fritz Treichler hat die Karten anlässlich der letzten Budgetdebatte auf den Tisch gelegt: "Inskünftig müssten die Ausgabenkürzungen über die Schmerzgrenze hinausgehen und u.a. die Überprüfung der wirtschaftlichen Sozialhilfe und den Verkauf von städtischen Liegenschaften umfassen".

Wädenswil hat heute noch Stärken wie erstklassige öffentliche Dienstleistungen, eine moderne Infrastruktur und ein gutes kulturelles Angebot. Wer Abstriche bei den öffentlichen Dienstleistungen vornimmt, gefährdet die Grundversorgung der Bevölkerung und die Sicherstellung einer minimalen Chancengleichheit. Auch die beabsichtigte Kehrtwendung in der Liegenschaftspolitik ist abzulehnen. Die städtische Landpolitik der letzten Jahrzehnte hat Hunderte von Arbeitsplätzen und preisgünstigen Wohnungen geschaffen. Wenn diese aktiven Massnahmen rückgängig gemacht werden, besteht die Gefahr, dass Wädenswil eine Schlafstadt für den

Mittelstand und die oberen Zehntausend wird. Die Stadt würde ihre Attraktivität aufs Spiel setzen.

Jährlich zwei Millionen Franken Mehreinnahmen für Wädenswil

Die SP-Initiative will erreichen, dass hohe Einkommen wieder gleich stark besteuert werden wie vor rund zehn Jahren. Sie verschärft die Progressionsskala im oberen Bereich. Die persönlichen Abzüge hingegen werden leicht angehoben. Für drei Viertel der Steuerpflichtigen ergibt sich dadurch sogar eine Entlastung. Für einen Fünftel resultiert eine Mehrbelastung von 0,6 bis 4,6 Prozent. Nur die einkommensstärksten sechs Prozent müssen eine jährliche Mehrbelastung zwischen 5 und 21 Prozent tragen. Die Mehreinnahmen für Wädenswil von zwei Millionen Franken entsprechen rund 6 Steuerprozenten und sind das Fundament für eine wirksame Sanierung des Gemeindehaushalts.

Rolf Kurath, SP-Gemeinderat

Fertig-play statt Fair-Play!

Dreieinhalb Jahre lang hat unsere Regierung den Volksentscheid vom 2. Juni 1991 über das Verbot der Geldspielautomaten in unserem Kanton nicht in Kraft gesetzt. Die Geldspielbranche hat dies mit einer Flut von Beschwerden und Rekursen verhindert. Sie hat Demokratie und Rechtsstaat in schamloser Weise strapaziert. Jetzt muss das Volk nochmals an die Urne, weil die Automatenlobby die Aufhebung des nie realisierten Verbotes in der sogenannten Fairplay-Initiative verlangt.

Geldspielautomaten sind perfide Geräte. Eigentlich sind es Glücksspielgeräte, die bisher vom alten Spielbankengesetz verboten waren und in Zukunft nur in beschränkter Zahl in Kasinos zugelassen werden. Mit einer narrensicheren Geschicklichkeitstaste ist die Bundesvorschrift umgangen worden. Ein Etikettenschwindel. In einer Pechsträhne kann der/die Spielende in einer einzigen Stunde bis zu 1'000 Franken verlieren.

Fortsetzung Seite 5 links unten

Julia Gerber Rüegg wieder in den Kantonsrat!

Julia Gerber Rüegg ist seit 1987 Gemeinderätin und Mitglied der Raumplanungskommission, die sie 1990 - 1994 präsidierte. Seit einem Jahr ist sie Kantonsrätin und kandidiert nun für eine weitere Amtsdauer.

SO: Es ist Sonntagmorgen, und wir sitzen in Deinem Arbeitszimmer. Deine Kinder spielen zufrieden nebenan. Da frage ich mich unwillkürlich, weshalb Du dich als Hausfrau und Mutter von zwei Kleinkindern in der Politik betätigst.

JGR: Weshalb sollte ich nicht? Schon in meiner Jugend setzte ich mich konsequent für Schwächere ein. Die zentrale Bedeutung der sozialen Fragen entdeckte ich später dank meiner Ausbildung und Tätigkeit als Lehrerin. In der Sozialdemokratischen Partei fand ich schliesslich engagierte Gleichgesinnte.

SO: Stammst Du aus einem politisch aktiven Elternhaus?

JGR: In meiner Kindheit erfuhr ich die Teilnahme am politischen Geschehen als eine Selbstverständlichkeit. Der sonntägliche Urnengang, sowie die vorausgehenden Diskussionen am Familientisch sind mir in lebhafter Erinnerung. Mein Vater war Mitglied der Freisinnigen Partei und in verschiedenen politischen Gremien aktiv. Seine politische Arbeit erlebte ich als Kind unmittelbar mit als Bürgerpflicht und nicht etwa als besondere Leistung oder gar als Privileg. Dass diese Bürgerpflicht nicht automatisch auch Bürgerinnenpflicht bedeutet, sollte ich erst viel später am eigenen Leib erfahren.

SO: Hast Du also eine sozialliberale Grundhaltung?

JGR: Das ist mir zu einfach. Ich habe die Vision einer Gesellschaft, in der die Menschheit weder ihre Lebensgrundlagen noch sich selber ausbeutet. Demokratie ist meines Erachtens der Versuch, den Verteilungskampf in eine menschenwürdige, zivilisierte Form zu bringen. Das ist eine heikle Sache, die wir mit Sorgfalt und Sachverstand betreiben müssen. Deshalb ertrage ich es schlecht, wenn manche Politikerinnen und Politiker den Blick fürs Ganze verlieren und sich nur noch für ihre Teilinteressen einsetzen.

SO, Februar 1995



SO: Welche Anliegen bilden heute den Schwerpunkt in Deiner politischen Arbeit?

JGR: Die Interessen der Reichen und derjenigen, die noch reicher werden wollen, sind in der Politik gut vertreten. Im Gegensatz dazu sind heute immer mehr Leute vom sozialen Abstieg und von zunehmender Verarmung bedroht. Hier gilt es, Gegensteuer zu geben.

SO: Als SP-Politikerin gehörst Du nicht zur Mehrheit. Kannst Du da etwas bewirken?

JGR: Sowohl im Kantonsrat als auch im Wädenswiler Gemeinderat gehört die SP oft zur Minderheit. In den einzelnen Sachfragen gibt uns das Stimmvolk aber immer wieder recht. In Wädenswil jüngst bei den Abstimmungen über die Villa Flora und die Schöneegg. Mein Antrag für eine weiblich formulierte Gemeindeordnung führte letztlich dazu, dass Frauen und Männer heute gleichberechtigt angesprochen werden. Die Wirksamkeit der politischen Arbeit lässt sich indessen nicht einfach an gewonnenen Abstimmungen messen. Mehrheitsfähig zu werden ist die Krö-

nung zählen Ringens und basiert oft auf Zugeständnissen, die Herzblut kosten. Dies ist jedoch die Spielregel - nicht nur für uns. Das Aushandeln von Kompromissen kann auch grosse Chancen bieten. Dies erlebe ich zur Zeit hautnah in der kantonsrätlichen Kommission, welche das Steuergesetz berät.

SO: Seit den beiden Abstimmungen über die Wädenswiler Gemeindeordnung bist Du landesweit als Feministin bekannt. In unserem Gespräch habe ich bis jetzt aber wenig davon gespürt.

JGR: Natürlich hat fast alles, was ich tue auch einen frauenpolitischen Aspekt. Ich bin aber nicht mehr und nicht weniger Feministin als alle meine Mitstreiterinnen in der Partei. Die meisten SP-Männer unterstützen uns aktiv dabei, den Frauen zu mehr Recht und Verantwortung in der Politik und Wirtschaft zu verhelfen. Sie haben erkannt, dass die Verwirklichung unserer Vision auch ihnen mehr Lebensqualität bringen wird.

SO: Was für eine Vision?

(Fortsetzung Seite 5 oben)

JGR: Die Alltagsstrukturen in unserer Gesellschaft müssen so geändert werden, dass Frauen nicht mehr zwingend vor die Entscheidung zwischen Familie und Beruf gestellt werden. Im Gegenzug müssen die Männer die Möglichkeit haben, sich an der Familienarbeit zu beteiligen, ohne berufliche Nachteile in Kauf nehmen zu müssen.

Es darf auch nicht mehr vorkommen, dass eine Frau von Armut bedroht ist, weil sie nicht erwerbstätig war, sondern Kinder gross zog. Daher setze ich mich für die 10. AHV-Revision ein, allerdings ohne Erhöhung des Rentenalters für Frauen.

SO: *Wie kommen wir zu familien- und kindergerechten Alltagsstrukturen?*

JGR: Ein kleiner Schritt in diese Richtung wäre die Einführung des Blockzeitenunterrichtes in Wädenswil, wie es die SP-Fraktion anregt. Als längerfristiges Ziel möchte ich dahin wirken, dass im ganzen Kanton - nein, besser noch - im ganzen Land Tageschulen eingerichtet werden. Und letztlich sollten wir zu einer ausgewogenen Aufteilung bezahlter und unbezahlter Arbeit finden. Das ist volkswirtschaftlich sinnvoll und ermöglicht es Frauen und Männern, ein abwechslungsreiches Leben zu führen.

SO: *Wir danken Dir für das Gespräch und wünschen Dir von Herzen ein gutes Wahlergebnis am 2. April.*

Fertig-play statt Fair-play!

Fortsetzung von Seite 3

Ein Lehrling ist schnell seines Monatslohns, ein Rentner seiner Rente beraubt. Zürich hat eine einzigartige Ueberschwemmung mit 6'400 Spielautomaten zugelassen. Zwar spielen 95 % der Bevölkerung an diesen erfahrungsgemäss nicht häufiger als dass sie auf einen Elefanten oder in ein Riesenrad steigen. Von den andern Spielenden verfallen aber viele der Spielsucht. Ueberschuldung, soziale Misere, Zerrüttung in Familie und am Arbeitsplatz, Kriminalität sind die Folgen. Ich habe schon 200 Spielsüchtige angemeldet erhalten. Die Anonymen Spieler (Selbsthilfegruppe) hatten schon mehrere hundert Erstkon-

Vertrauensbruch!

Am 12. März findet eine Ersatzwahl in die Primarschulpflege statt. Für ihre nach Richterswil weggezogene Vertreterin hat die SP bereits im letzten September *Alois Kürsteiner* nominiert. Nach der amtlichen Ausschreibung im AAZ stellte das Bürgerliche Forum einen Gegenkandidaten auf, so dass es um den Sitz zu einer Kampfwahl kommt. Obwohl CVP, FDP und SVP an den fachlichen Qualitäten von *Alois Kürsteiner* nicht zweifeln, unterstützen sie unverständlicherweise den Gegenkandidaten.

Dieses Vorgehen ist zwar rechtlich nicht anfechtbar, aber es bricht mit allen bisherigen Vereinbarungen. Denn da gibt es die *Interparteiliche Konferenz (IPK)* der im Gemeinderat vertretenen Parteien. Sie entstand aus dem gemeinsamen Willen, die ehrenamtliche Tätigkeit der Spezialverwaltungsbehörden (Schulpflege, Kirchenpflege, Sozialbehörde, Gesundheits- und Sportbehörde) nicht zum Thema öffentlicher Auseinandersetzungen zu machen und weitere kostspielige Wahlkampagnen zu vermeiden. Alle Parteien einigten sich auf einen freiwilligen Proporz, der die Vertretung aller Bevölkerungsschichten gewährleistet:

- Das Resultat der Gemeinderatswahl bildet die Grundlage

takte mit abhängigen Automatenstüchtigen. In Zürich gibt es zweifellos zwischen 10'000 und 20'000 Spielsüchtige. Zürich hat eine offene Spielsuchtszene: sie ist sauber aber katastrophal. Die Angestellten der Branche sind Steigbügelhalter für das Abgleiten in Spielsucht, soziales Elend und Kriminalität. Solche Arbeitsplätze sind bedenklich und nicht schützenswert. Sowohl aus staatspolitischen als auch aus sozialpolitischen Gründen verdient die Fairplay-Initiative eine Abfuhr - fertig-play statt fair-play!

Dr. med. Mario Gmür,

Psychiater und Psychotherapeut

für die Anzahl der Sitze jeder Partei.

- In der IPK werden diese Sitze verteilt und die vorgeschlagenen Kandidaten gegenseitig genehmigt, wenn sie den Anforderungen entsprechen.
- Die Verteilung der Sitze gilt für vier Jahre. Jede Partei ist berechtigt, vorzeitig zurücktretende Behördenmitglieder zu ersetzen, ohne dass ihr der Sitz streitig gemacht wird. Neue Gruppierungen müssen zuerst beweisen, dass sie nicht nur Eintagsfliegen sind. Diese Bewährungszeit dauert in der Regel vier Jahre und wird durch die erneute Wahl in den Gemeinderat abgeschlossen.

Diese ungeschriebenen Regeln haben sich über Jahrzehnte bewährt.

Bereits nach den Gemeinderatswahlen 1994 erhob das Bürgerliche Forum Anspruch auf einen Schulpflegesitz, doch die bürgerlichen Parteien lehnten ab - aufgrund der Restmandate hätten andere Parteien, sicher aber nicht die SP, einen Sitz abgeben müssen! Das Bürgerliche Forum (Herr Egli) kandidierte trotzdem, hatte aber keine Chance, die Liste der IPK zu sprengen. Bei der jetzigen Nachwahl wiederholt sich das Ganze mit dem Unterschied, dass diesmal die bürgerlichen Parteien den anerkannten Anspruch der SP plötzlich und ohne Begründung in Frage stellen.

Trotzdem ist *Alois Kürsteiner* von der IPK zum offiziellen Kandidaten gewählt worden.

Es ist ein unglaublicher Vertrauensbruch, wenn klare und von allen akzeptierte Regeln einseitig und nach Gutdünken abgeändert und durchbrochen werden. Wir hoffen, dass die Bevölkerung dieses unkollegiale Verhalten nicht honoriert, und mit uns *Alois Kürsteiner* unterstützt.

SP Sektion Wädenswil

Gute Partner in der Primarschulpflege



Alois Kürsteiner und Willy Rüegg (bisher)



Alois Kürsteiner in die Primarschulpflege

- . 45-jährig
- . Vater von zwei Kindern
- . Hausmann (angepasste Rollenverteilung innerhalb der Familie)
- . ausgebildet als Primar- und Werklehrer
- . sozial und fachlich kompetent
- . engagiert in unserer Schule
- . Einsatz für die Gemeinde als ehemaliger Sekretär der Raumplanungskommission und Mitglied des Wahlbüros
- . Mitglied des Sportvereins TRIPLES und Hobbyfussballer

Alois Kürsteiner ist offizieller Kandidat der Interparteilichen Konferenz und wird vorgeschlagen von der Sozialdemokratischen Partei Wädenswil.

Unsere Kandidatinnen für den Kantonsrat. Die gute Wahl.

Julia Gerber Rüegg (Au), *bisher*

Wer kennt sie nicht, unsere engagierte Kantons- und Gemeinderätin! Julia Gerber Rüegg setzt sich für die Gleichstellung von Frau und Mann ebenso ein wie für ein lebenswertes Wädenswil und ein fortschrittliches Schulwesen. Ihr Leitspruch: Sich einmischen ist besser als jammern.

Steckbrief: Jahrgang 1957, verheiratet, zwei Söhne (4 und 6 Jahre alt), Ausbildung und Tätigkeit als Primar- und Reallehrerin, arbeitet als Hausfrau, Politikerin und Gelegenheitslehrerin.



Hanna Landolt (Wädenswil)

Eine Schule, wo Kreativität Platz hat, ist ihr ebenso wichtig wie Freiräume für Kinder und Jugendliche. Genauso beschäftigt sie die gesellschaftliche Stellung der Frauen und Mütter. Besonders wichtig sind ihr mehr Teilzeitstellen - für Frauen **und** Männer. Damit auch Väter ihre Kinder betreuen können.

Steckbrief: Jahrgang 1951, verheiratet, zwei Töchter (22, 19) und ein Sohn (11), arbeitet als Hausfrau, Mittagstischbetreuerin und Körpertherapeutin, ist Vizepräsidentin des Gemeinderats.

Alessandra Diener (Wädenswil)

Eine junge Kandidatin, die es für unbedingt nötig hält, dass ihre Generation am politischen Geschehen teilnimmt und so die eigene Zukunft mitgestaltet. Eines der Hauptziele ist, die Drogenproblematik realitätsbezogen anzugehen (u.a. kontrollierte Drogenabgabe).

Steckbrief: Jahrgang 1971, gelernte Damenschneiderin, zur Zeit Krippenmitarbeiterin, seit 1994 Mitglied der Jugendkommission und des Gemeinderats.



SP

Wir sind Partei. Liste 2: Sozialdemokratisch

 **In die Zange
genommen: Stadtpräsident
Ueli Fausch (FDP)**

SO: Im Herbst 1994 hat sich das Volk einmal mehr für eine verkehrsarme Schönegg ausgesprochen. Wann werden die illegalen Parkplätze neben dem Restaurant endlich aufgehoben?

Ueli Fausch (UF): Aus der Sicht der Öffentlichkeit sind die Parkplätze illegal, die Genossenschaft Schönegg hat diesbezüglich eine andere Ansicht. Deshalb wurde jetzt der bis Ende Dezember 1994 sistierte Prozess zwischen der Stadt Wädenswil und der Genossenschaft wieder aufgenommen. Erst nach Vorliegen des Urteils wird sich zeigen, ob und wann die Parkplätze aufgehoben werden können.

SO: Sucht die Genossenschaft Schönegg nach neuen Parkplatz-Lösungen?

UF: Ja. Das ist ihr gutes Recht. Trotz Prozess besteht jedoch die Möglichkeit des Gesprächs zwischen Stadtrat und Genossenschaft, falls neue Ideen aufkämen.

SO: Wird der Stadtrat selber aktiv?

UF: Nein. Der Ball liegt klar bei der Genossenschaft. Falls sich ein konstruktiver Ansatz abzeichnen würde, und der Stadtrat irgendwie Hilfestellung bieten könnte, würden wir unsere guten Dienste - genau wie privaten Bauherrschaften - zur Verfügung stellen. Je nach Lösungsvorschlag wäre nochmals der staatspolitische Weg über Parlament und Stimmbürger einzuschlagen.

SO: Du bist selber Genossenschafter. Kann das nicht schwierige Situationen ergeben: einerseits die persönlichen Anliegen und Wünsche, andererseits die politischen/juristischen Aufgaben als Stadtrat?

UF: Nein, für mich nicht. Klar, ich stehe als Genossenschafter hinter der Idee Schönegg. Aber es gibt die Staatsräson. Die Schöneggvorlagen sind abgelehnt worden - da gibt es keine SO, Februar 1995

Liebe Leserin,
lieber Leser

Dieser "SO"-Nummer liegt ein Einzahlungsschein bei. Wir bitten Sie um Ihre Überweisung für das Abonnement oder um Ihren Unterstützungsbeitrag für das Jahr 1995. Damit ist Ihnen die Postzustellung garantiert (Hauszustellung ist nicht sichergestellt).

Wir danken allen herzlich, die uns 1994 unterstützt haben!

Die SO-Redaktion

Diskussion. Als Stadtrat dürfen und wollen wir kein Türchen suchen, um den Volkswillen zu umgehen.

SO: Dem Vernehmen nach sollen beim FC-Clublokal auf der Schönegg etwa 30 Parkplätze geplant sein. Kannst Du zu diesem Gerücht etwas Näheres sagen?

UF: Es steht der Genossenschaft frei, diese Möglichkeit zu prüfen. Sollte ein greifbares Projekt daraus entstehen, wäre es nur auf dem normalen politischen Weg allenfalls zu realisieren. **Persönlich** bin ich der Ansicht, dass der Restaurantbetrieb in seiner jetzigen Grösse auf eine gute Frequenz angewiesen ist. Die Genossenschaft hat die wohlbegründete Befürchtung, dass zu wenig Nah-Parkplätze Geschäftsverluste bedeuten. Diese Befürchtung müssen wir als Öffentlichkeit ernst nehmen: Wir haben Land im Baurecht abgegeben; die Stadt ist an der Genossenschaft beteiligt; schwarze Zahlen sind nötig. **Als Vertreter der politischen Behörde** meine ich: Wir müssen das Restaurant Schönegg, so wie es heute geführt wird, beibehalten, denn es ist ein Aushängeschild für die Stadt Wädenswil und erträgt keine Experimente.

SO: Herzlichen Dank für das Gespräch.
Interview: Hanna Landolt

 **Sozialdemokratische
Partei Wädenswil**

**Volksabstimmung vom
12. März 1995**

Stadt Wädenswil:

Ersatzwahl Primarschulpflege:
Alois Kürsteiner (SP)
Offizieller Kandidat der Interparteilichen
Konferenz (IPK)

Kanton Zürich:

Initiative "für einen solidarischen Steuertarif"	JA
Vernummungsverbot	NEIN
Lehrer-Wahlverfahren	JA
Fair play-Initiative	NEIN
Fürsorgerischer Freiheitsentzug	JA

Bund:

Landwirtschaftsartikel	NEIN
Milchwirtschaftsbeschluss	NEIN
Zwangsabgaben	NEIN
Ausgabenbremse	Freigabe

Wahlen vom 2. April 1995

Regierungsrat

Vreni Müller-Hemmi
Moritz Leuenberger (bisher)

Kantonsrat (Liste 2 einwerfen)

Julia Gerber Rüegg (bisher)
Hanna Landolt
Alessandra Diener

Wir sind Partei. Liste 2:


Sozialdemokratisch

Redaktion:
Heinz Hom, Hanna Landolt,
Beatrice Margna-Haldimann,
Verena Schönholzer,
c/o SP, Postfach 552, 8820 Wädenswil
PC 80-43003-3 "SO sehen wir es"